

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Pfg. vierteljährlich 75 Pfg., einschließl. Trägerlohn. In den Abbestellen monatlich 20 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pfg., ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die gespaltene Zeile 20 Pfg. für auswärts 30 Pfg., die gespaltene Reklamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 6

Danzig, Sonnabend den 12. Februar 1916

7. Jahrgang

Italiens Enttäuschungen

Aus Lugano wurde dieser Tage der Münchener Post geschrieben:

Zu den herbsten Enttäuschungen, die Italien in seinem ansehnlichen Kriegsabenteuer erlebte, gehört die Haltung der italienischen Bevölkerung des österreichischen Friaul. Anstatt mit offenen Armen empfangen zu werden, mußten die ungeliebten „Befreier“ im Drange der Selbsterhaltung Tausende der in österreichischer Knechtschaft schmachtenden Brüder nach Südtirol und nach Sardinien verschifft, weil sie ihrer nicht sicher waren. Das Gebiet zwischen Palmanova und dem Karste wurde von den Oesterreichern, um den Friaulern unnützes Leid zu ersparen, kampflos geräumt; die ersten feindseligen Vorkehrungen gegen das rein italienische Land gingen von den nachrückenden Italienern aus, und mit unverhohlener Bitterkeit mußten die nationalistischen Kriegsbeher bekennen, daß die österreichischen Friauler, als Menschen von besonderem Schlag, sich weit weniger um ihre nationale Freiheit als um Brot und Arbeit sorgten und allen Anpreisungen der ihnen nunmehr bevorstehenden goldenen Zeit die nüchterne Bemerkung entgegenhielten, der Anschluß an das Königreich würde ihr blühendes Land derart verarmen, daß sie entweder verderben oder auswandern müßten. Von den sonstigen Dingen, die den Erlösern bei ihrem Einmarsch in das Land die Schamröte in die Wangen trieb, wollen wir, um den Verdacht grausamer Schadenfreude von uns fernzubehalten, mitteilend schweigen. Unsere italienischen Genossen haben aber nicht veräuht, dem auf seine zweitausendjährige Kultur stolzen Salandra die Wahrheit ins Bewußtsein zu reiben, daß seine Heimat Apulien sich gegen Oesterreichisch-Friaul nicht anders ausnimmt, als irgend eine weltverlorene Gegend Zentralamerikas gegen die entwickelteste Provinz Oberitaliens.

Die zweite nicht minder herbe Enttäuschung bereitete den Italienern der entschlossene Widerstand der Oesterreicher im Sponzotale und auf dem Karste. Barzilai, der Minister in partibus infidelium, hat sich in den letzten Tagen einer erstaunlichen Redebestie befeßigt, aus deren rhetorisch getriebenen Wellen immer wieder schüchtern, aber klar sein Bekenntnis hervorquillt, zu Kriegsbeginn in dem „verzeihlichen“ Wahn befangen gewesen zu sein, daß Trient und Triest im ersten Ansturm genommen werden würden. Barzilai sagte hiernit nur die halbe Wahrheit, er hätte sonst hinzugefügt, im April, jawohl im April, wäre er von der Notwendigkeit des Krieges so wenig überzeugt gewesen, daß seine dogmatisch-republikanischen Freunde ihn bereits zu den Abtrünnigen zählten, ohne zu ahnen, daß er ihnen aus dem entgegengesetzten Grunde schon in aller nächster Zeit den Rücken kehren und zu einer freilich etwas hohlen Säule der Monarchie werden würde.

Die Zeit der Abrechnung für Menschen und Dinge ist trotz aller englischer Ruhmredigkeit kaum mehr fern, heute müßten wir nur das eine feststellen: Barzilai wäre im April zu einem Ausgleich mit Oesterreich auf Grund der letzten Bülow'schen Vorschläge bereit gewesen. In weniger denn zehn Tagen (25. April bis 3. Mai) änderte er seine Ueberzeugung, daß Triest nie und niemals von Oesterreich losgelöst werden könnte, so gründlich wie möglich — und in dem Anwalt eines vernünftigen Ausgleichs regte sich wieder das ceterum censeo — der irredentistisch-imperialistischen Kriegspartei.

Warum? Je nun, weil er sich von den goldenen Versprechungen Frankreichs und Englands in einen dionysischen Rausch von Begehrlichkeiten und Hoffnungen wiegen ließ, gegen die er in seiner politisch verlotterten Umwelt keine ausreichenden Hemmungen finden konnte.

Nun kommt das laute Erwachen, der Aufruhr gegen England und Frankreich, die Italien zu Handlangerdiensten auf dem Balkan mißbrauchen, und die Klage, die Verbündeten hätten Italien in der Adria im Stiche gelassen und Oesterreich geradezu ausgeliefert. Wie der Bürgermeister von Rom gegen die drohende Gefahr eines österreichischen Einbruchs die Manen des Konsuls Valerius Laeditius anruft, so spricht auch Barzilai von der eisernen Not, dem von Oesterreich vorbereiteten Eroberungskriege mit allen Mitteln zu steuern und „den Barbaren den heiligen Boden Italiens zu wehren“.

Die dreiwöchige fessellos-wütige Agitation gegen Oesterreich, der in billigem Vorengenuß künftiger Siege gegen Deutschland und dessen Verbündete vor der Kriegserklärung angestimmter Paian, die d'Annunzianische Orgie und Schmach, dies alles ist vergessen und verklungen: Der Triumphmarsch des Heeres nach Wien hat sich in einen grimmigen Verteidigungskampf Italiens gegen das übermächtig heranziehende „beutegierige Oesterreich“ verkehrt. Unglaublich!

Der Avanti möchte sich die Frage erlauben, wer eigentlich daran schuld sei. Der Senior legt ihm aber den Finger auf den Mund und hinter dem Scherenmann lauert der Staatsanwalt. Corriere della Sera seufzt: Wir verfügen nicht über die schwere Artillerie der Deutschen und Oesterreicher; wir können unsere Sponzofront nicht entblößen; der Feind hat die inneren Linien für sich, ist also doppelt so stark als wir; für die furchtbare Arbeit, in der wir unsere letzte Kraft aufreiben, hat der moderne Krieg noch keine Formel gefunden, der Angreifer ist immer im Nachteil! — Ja, um Gotteswillen, möchte man ausrufen, wer hat denn das alles gewollt? Der Krieg für das „große Italien“

hat sich also in einen Verzweigungskampf für die Erhaltung dessen verkehrt, was von Deutschland und Oesterreich sicher gewährleistet war! —

Und wenn nun auch dieser Verzweigungskampf schlimm ausgehen sollte, was dann?

Barzilai sagt mit kaum beschönigten Worten von England genau das gleiche wie der imperialistische Syndikalist Labriola und wie Senator Marconi: Es wuchert mit seinen Kohlenpreisen und teuren Schiffsraachten Italien aus bis zum Weißbluten. Als man ihm im April vorstellte, ein eisen- und kohlenarmes Land wie Italien sei in seinen weltpolitischen Ansprüchen und Interessen an seine eisen- und kohlenreichen Hinterländer Deutschland und Oesterreich unzerreißbar gebunden, da meinte er, gewiß oder wenigstens so lange es sich nicht den Ausgang in das freie Meer errungen haben werde. Welches Bündnis hätte aber Italien diese Seefreiheit erkämpfen können, wenn es nicht der Dreibund war?

Das ist die dritte, vielleicht die herbste, zweifellos die schwerste maßgebendste Enttäuschung Italiens. Vorläufig hat die Regierung der drohenden Schließung der wichtigsten industriellen Anstalten und der Schwefelzehen Siziliens dadurch gesteuert, daß sie ihnen die Kohlenvorräte der Staatseisenbahnen zu geringerem Preise zur Verfügung stellte. Auf drei bis vier Wochen ist damit eine Galgenfrist gewonnen, die nur einen Babanquepieler wie Salandra beruhigen kann. . . .

Gelingt es der Regierung nicht, England zu einem Abkommen für die Beschaffung billigerer Kohle zu veranlassen, so darf man Italien, ohne sich einer gefährlichen Prophezeiung schuldig zu machen, schon für das kommende Frühjahr jene Kriegsmüdigkeit in Aussicht stellen, deren Vorahnung die Gefährten Barzilais in blaffen Schrecken verseht. Der Beitritt Italiens an die Londoner Akte wird dann die Verwirrung aufs höchste steigern. Sonnino und Salandra dürften aber mit dem Eintritt ins selbstverschuldeten tragischen oder tragikomischen Umschwung ihren letzten Ministertag erleben, und mit ihrem Sturze auf Nimmerwiedersehen allmählich dem Richter die Wege bahnen, dem die Aufgabe zufallen wird, in Italien das Reich der Vernunft wieder aufzurichten.

Um welchen Preis? Nicht um jenen des Landes, hoffen wir. Ohne Kapitalkraft, ohne Eisen, ohne Kohle ist eine Großmacht unter den heutigen Verhältnissen undenkbar — Italien wird diese Erkenntnis bitter bezahlen müssen. Der Weg nach Canossa wird lang und dornig sein. Der verdienten Demütigung möge aber nicht die Rache nachfolgen. Die „Barbaren“ sollen nichts vergessen, aber eine maßhaltende Klugheit wird ihnen den rechten Weg weisen. X.

Die Londoner Polizei als Handlanger des Zarismus

Der Sekretär der russischen Seeleute, Dimitri Anitschkow richtet folgenden Appell an die englischen Arbeiter:

Genossen! In der gegenwärtigen erüsten Lage, in welcher sich der Verband russischer Seeleute befindet, wende ich mich als Sekretär des Verbandes an Ihr Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl als Arbeiter. In Ihrem Vaterlande sind die Vertreter der Londoner Polizei am 20. Dezember 1915 in das Bureau des Verbandes eingedrungen, haben alle Papiere, Stempel und Akten mit Beschlag belegt und auf diese Weise die Organisation der zur Fortführung ihrer Tätigkeit notwendigen Mittel beraubt. Zur gleichen Zeit drang man während meiner Abwesenheit in meine Privatwohnung ein, die dem offiziellen Organ des Verbandes als Adresse diente. Nicht allein die Exemplare der Zeitung, sondern auch die sich auf eine ganze Reihe von Jahren beziehenden Akten, sowie meine Manuskripte, selbst die zehn Jahre alten, meine Privatkorrespondenz und meine persönlichen Dokumente wurden beschlagnahmt. Die Agenten der Polizei erklärten, daß sie mir eine Zeilang die Freiheit lassen würden, daß sie mich aber, je nachdem was sie in meinen Papieren finden mögen, zu irgend einer Zeit festnehmen könnten. Es bedarf wohl nicht der besonderen Erwähnung, daß all dies nicht allein mir selbst große Unbequemlichkeiten verursachte, sondern auch die Tätigkeit des Verbandes beeinträchtigt.

Besonders ernst bei der Sache ist, daß sie heillose Folgen für in Rußland wohnhafte Leute haben kann, mit denen ich, sowohl wie die Organisation, korrespondierte und deren Namen jetzt in dem Besitz der Behörden sind.

Genossen! Als ich im Oktober 1914, drei Tage vor seinem Fall, Antwerpen verließ, entschloß sich unsere Organisation, die dort ihren Sitz hatte, nach England zu ziehen. Mit unserem Hierherziehen vertrauten wir unser Schicksal und das tausender unserer Kameraden in Rußland dem freien Britannien an. Wir dachten, daß die britischen Gesetze uns eine zeitweilige Zuflucht gewähren würden, ähnlich der, die uns im gastfreundlichen kleinen Belgien zuteil wurde. Wir hätten anderswohin gehen können, aber wir gedachten der Traditionen des englischen Volkes in der Vergangenheit seiner Gesetze in der Gegenwart. Wir vertrauten England!

Ihr werdet Euch erinnern, daß unser Genosse Arles Adamowitsch der russischen Regierung ausgeliefert wurde, als er sich unter britischer Herrschaft in Alexandria aufsand. So sind wir dem zweiten Angriff einer Regierung ausgesetzt, die mir uns als die Verteidigerin der Freiheit ausmolten. Wir fragen, warum wir im Herzen des freiheitliebenden England Beleidigung und Verfolgung ertragen müssen, die eine englische Gewerkschaft nie dulden würde? Die Tätigkeit unseres Verbandes unterscheidet sich nicht wesentlich von derjenigen der britischen Gewerkschaften. Sie verleiht die Gesetze dieses Landes nicht. Ihr habt hier das gewerkschaftliche Vereinsrecht; wir haben in Rußland keine solchen Rechte. Eure Verbände bestehen öffentlich in der Heimat; wir sind genötigt, den Mittelpunkt unserer Tätigkeit in fremde Länder zu verlegen. Das russische Koalitionsrecht vom 4. März 1906 beraubt die russischen Seeleute des Or-

ganisationsrechts und zwingt uns, im Auslande als Verbannte zu leben. Vor diesem Gesetz war der Verband russischer Seeleute eine Macht, mit der die Schiffsgesellschaften zu rechnen hatten, und selbst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden die Vertreter des Verbandes von dem Handelsministerium zu Beratungen zugezogen. Die Bewegung hat mit der Annahme des Gesetzes nicht aufgehört. Sie hat sich immer wieder zum Leben emporgerungen, bald auf einem Meer, dann auf dem anderen, auf diesem oder jenem Flusse. Der schreckliche Zustand der Schiffe, die niedrigen Löhne, die Abwesenheit jedweden Rechts, die Anwendung der alten Gesetze Peters des Großen in bezug auf die Seeleute sind die Quellen, welche die Fortdauer der russischen Seemannsbewegung fördern.

Die russische Regierung kann unseren Verband nicht anklagen, ein politischer Verband zu sein. Seine Tätigkeit ist rein gewerkschaftlichen Charakters. Dies ist in unseren Statuten klar niedergelegt.

Genossen! Indem ich mich an Sie wende, erlaube ich mir gleichzeitig, als einer der Delegierten der Internationalen Transportarbeiterkonferenz im Jahre 1915, Sie an den Beschluß zu erinnern, der auf jener Konferenz gefaßt und von dem britischen Gewerkschaftskongreß im September desselben Jahres bestätigt wurde. Sie haben sich verpflichtet, die gerechte Sache unseres Kameraden Adamowitsch und der Matrosen des Schwarzen Meeres zu verteidigen. Sie werden in den uns auferlegten Prüfungen nicht müßig beiseite stehen; Sie werden das Schwert ablenken, das Ihr Vaterland zum zweiten Male gegen uns gezogen.

London, 4. Januar 1916.

Russland am Ende seiner Menschenvorräte?

In der Kommoer Zeitung lasen wir:

Die Menschenvorräte Russlands, die man unerschöpflich glaubte, waren in der Rechnung der Entente von Anfang an einer der stärksten Posten. Aber auch hierin haben sich die Herren an der Themse und Seine stark verrechnet, und von der russischen Dampfvolge, in der sich zu Anfang des Krieges die englischen und französischen Siegeshoffnungen verkörpert hatten, ist es mit der Zeit ganz still geworden. Ja, man beginnt sich auch auf Seiten unserer Gegner mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sich das russische Menschenreservoir zu erschöpfen beginne.

Latafächlich steht heute Russland am Ende seiner Menschenvorräte. Dieses Ergebnis sowohl, wie die russischen Misserfolge überhaupt, beruhen auf Ursachen, die tiefer liegen, als bloß in militärischer Verwahrlosung und Zeitung. Sie sind die notwendigen Folgen der russischen Wirtschaft, die im Geistigen und Materielle nur äußerlich europäisch erscheint, in ihrem Wesen aber dieselbe geblieben ist wie in den alten Kommodorenschiffen, extensio und verschwenderisch im höchsten Maße. Sie braucht mehr Ackerland, um ihr Volk zu ernähren, mehr Zeit um einen Gedanken auszudenken und in die Tat umzusetzen, mehr Geld und Kraft, um irgend etwas zu erreichen, als die Völker des Westens. Die Verschwendung von Menschenleben und Menschenkraft war schon im Frieden eines der auffälligsten Kennzeichen Russlands. Das Land schien unermesslich, die Menschenmassen unerschöpflich. Man ließ von den Kindern, die in unerhörter Zahl zur Welt gebracht wurden, ein Drittel im ersten Lebensjahre sterben, die Hälfte gar in den ersten fünf Jahren, und was dann noch übrig blieb, reichte aus, um dem Reich einen bedrohlichen Zuwachs an Menschen zu sichern. Wozu sollte man also mit Menschen sparen? Sie waren viel billiger als selbst die einfachsten Maschinen. In der Wolga, wo der große Strom von Waren durch Russland fließt, gibt es keine Krane, nicht einmal Karren, alles wird von den Lastträgern gehoben und getragen. Dem entsprach durchaus die im Kriege angewandte Ausrüstung, die um Przemysl und in den Karpaten furchtbare Hekatomben von Opfern aufgeführt hat.

Diese Menschenverschwendung hat nun aber auch zur Folge, daß in Russland ein Mangel an Arbeitern sich geltend macht, weit schlimmer als in den westlichen Staaten. Wenn man die Schilderungen russischer Blätter für bare Münze nehmen wollte, gäbe es in Moskau überhaupt nur noch 700000 Greise und achtjährige Bauernjungen als Arbeiter. Natürlich ist das übertrieben, daß aber der Menschenmangel höchst empfindlich sein muß, geht aus den verzweifeltsten Maßnahmen hervor, mit denen man ihm abhelfen will. Man hat sogar die Einfuhr chinesischer Kulis, deren Ausschließung aus Russland in den letzten Jahren zu einem Verfall der Staatsweisheit geworden war, freigegeben, obwohl man genau weiß, daß man die Selben nie mehr los werden wird. Trotzdem stehen die Tarifen still, trotz der Verfehr.

Der russische Staat hat im Frieden zu wenig Ärzte auszubilden lassen, da die Menschen nicht wertvoll genug waren, um für Kranke eine anständige Pflege zu beschaffen. Im Kriege steht sich auch dies schwer. Die Verluste auf den Schlachtfeldern wachsen in unerhörte Zahlen hinein, und von den leichteren Verwundeten wird kaum ein Fünftel wieder so weit hergestellt, daß sie zur Front zurückkehren können. Das bedeutet, daß die Zahl der Verwundeten mindestens in vielfach höherem Maße als in Deutschland einen endgültigen Verlust bezeichnet. Der Nachschub ist die Verluste nicht zu wieder weitgemacht, aber die Kosten der übrigen Versorgungsfähigkeit des Landes, das ohne Gläubner, ohne Mut, ohne Arbeiter, die die Naturkräfte auszunutzen, hinter der Front liegt. Mit der Einberufung der russischen Reichswehr und der jüngsten Jahrgänge gehen aber die letzten großen Menschenvorräte des Reiches zu Grunde. Weder eine intensive Kriegsführung noch ein schleppender Übertragungskrieg kann nun das Kräfteverhältnis der Ententegruppen entscheidend verändern.

Der Sieg Deutschlands und seiner Verbündeten über Russland ist eine unmittelbare Frucht höherer Kultur, intensiver Kulturarbeit aller Kräfte, vor allem aber des Menschen. Die „Machinerie“ des Krieges ist beim Feinde vielfach, vor allem beim Ausbruch des Krieges, vollkommener gewesen als bei uns. Auch das deutsche Eisenbahnnetz allein hätte den Sieg nicht ermöglicht, die Russen hatten im Aufmarschgebiet ihres gewaltigen politischen Maschinenparks eine geradezu verblüffende Anzahle von Bahnen und wurden demnach befreit. Der Sieg ist die Frucht einer Organisation, die an der Front und hinter ihr nur durch lebendige Teilnahme jedes einzelnen geschaffen und erhalten werden kann. Sie verdoppelt alle Kräfte, während der jede Baum dummer Kräfte an ihr zerfällt.

Kriegsnachrichten

Das Totenfeld auf Gallipoli

Sechshundert, Telephondrähte, Granatrichter und Gräber machen den Reich schweriger, wir erreichen an anderer Stelle, kurz vor dem Ende des besetzten Gebietes, wieder den dritten Aufmarschweg. Der Aufmarschweg rechts und links sind versteinert von Stumpen und Heimen. Die Straße verläuft von Granatschum. In der Luft ist wieder der furchtbare Geruch des Todes. Und da wir nachsehen, mahet er fortan mag erfinden wir, daß die wirren Spuren in den Gräben und Stumpen sind und nicht ferngehornte Heime. Neben liegen darin, unbekanntes Tote mit weißen Augen in Schatz aufgelassenen Gesichtern. Hände, die eingebrocknet sind und die man gemundet wie Kinderhände, umflammen jenseitige Fährtenhüte. Die vielen die da herumliegen wie vergeronnenes Kriegergibt und für deren Bestattung man keine Zeit fand, der hier aneinandergeratene Tod, das ist der dritte Kampf, den Familien beim Rückzuge verloren hat. Die englische und französische Deputation, die sitzenden Gallipoli besucht und für gut befand sollte heute wiederkommen. Man sollte ihr erlauben, daß sie wie wir betrachte, was davon übrig blieb.

Und nun stehe ich auf dem rostrot von Blut gewordenen Felde, zwischen den beiden vorderen Türmen.

Die zerfetzten englischen Drahtdrahter liegen hinter mir. Und ich stehe und komme nicht weiter.

Tote, unbestattete Tote überall. Schlechtpatrouillen, die überrascht wurden. Nachts waren sie aus den Gräben da hinter mir geflohen, um zu erkunden. Brave Kerle sicherlich, die freiwillig die gefährliche Aufgabe übernommen hatten. Manche waren kaum um Körperlänge von den eigenen Gräben fortgekommen. Auf Knie und Ellbogen vortretend, spähend in das Dunkle, den Kopf vorgereckt, in der Rechten das Gewehr, in der Linken die Handgranate: drüben hat es einmal aufgeblitzt. Witten in der Sire der Wüchenden lag das türkische Geschloß. Jetzt liegen sie da und haben in ihren mumienhaften Gesichtern noch diese letzte Ersäunen, das schon nicht mehr zu Ende gedacht wurde. Und andere, die weiter kamen, die müssen ins Maschinengewehrfeuer geraten sein. Sie waren zerpfückt, als hätte ein Schwarm von Krähen sich bereits an ihnen gemästet. . . .

(Mario Passarge in der Post. 31g.)

Der Seerrieg

lebt in verschärfter Form auf. In der Themsemündung bohrte ein deutsches Unterseeboot fünf feindliche Patrouillenboote in Grund. Bei dem letzten Angriff unserer Luftschiffe auf England wurde auf dem Humber der englische Kreuzer Karoline durch einen Bombenwurf versenkt. Das Schiff lief erst im September 1914 vom Stapel. Es hatte 400 Mann Besatzung, von der ein großer Teil ertrunken sein soll. So schmerzhaft diese Schlage für den britischen Großmachtbunkel sein mögen, schlimmer ist es noch für ihn, daß auf dem Atlantischen Ozean der Kreuzerrieg wieder auflebt. Die Appam, ein großer englischer Dampfer, ist von dem deutschen Kreuzer Rome an der westafrikanischen Küste gefapert und mit einer Preisensbezugsung versehen worden, die das erbeutete Schiff glücklich in einen Hafen der Vereinigten Staaten von Nordamerika brachte. Dieser verwegene Streich, der England manch schandenrohem Gespött aussetzte, kostet ihm aber auch eine Menge Geld. Nach Meldungen aus Neuyork zufolge hat die Appam eine große Post und 3000 Tonnen Ladung an Bord. Die Bant von Britisch-Westafrika teilt mit, daß die Appam auch einen namhaften Betrag in Gold — etwa 40 000 Pfund, wie von anderer Seite mitgeteilt wird — mitgeführt hat. Die Times schätzt den Wert der Appam auf 100 000 Pfund und den Wert der Ladung auf 150 000 Pfund.

Die Möwe hat eine Anzahl weiterer englischer Dampfer mit wertvollen Ladungen versenkt. Wieviele dies Schicksal traf, steht bisher nicht fest. Sechs Schiffe, deren Ladung einen Wert von 20 Millionen Mark gehabt haben soll, werden als vermisst genannt. Ueberfällig sind vier andere. Die Möwe ist gleich dem steigenden Holländer verschwunden, ohne daß es den Engländern möglich war, das Rätsel ihrer Herkunft zu lösen.

Wie weit den Haß geht

Bei einem Aufklärungsflug in der Nordsee ist das Luftschiff U. 19 havariert und gesunken. Das treibende Boot wurde von dem englischen Fischdampfer King Stephen gesichtet, der aber die deutsche Besatzung nicht rettete, sondern sie ihrem Schicksal überließ. Die englische Meldung lautet:

Grimsby, 4. Februar. Der hier eingetroffene Fischdampfer King Stephen berichtet, daß er am Mittwoch morgen den Zeppelin U. 19 in der Nordsee bemerkte. Seine Gondel und ein Teil der Hülle waren unter Wasser. Die Besatzung, die 17 bis 20 Köpfe stark war, war auf der Spitze der Hülle versammelt und bat um Aufnahme. Da die Besatzung des Zeppelins der Besatzung des Fischdampfers ab, der Bitte zu willfahren. Er kehrte sofort nach Grimsby zurück, um die Angelegenheit den Seebehörden mitzuteilen. — Zwei Marinefahrzeuge, die nach dem Schauplatz des Zeppelins abgingen, suchten die Nachbarschaft genau ab und fanden keinerlei Spuren vom Luftschiff. Man schließt daraus, daß der Zeppelin gesunken ist.

Nach dem Saratong-Fall, wo die Engländer die Besatzung eines deutschen Unterseebootes bis auf den letzten Mann niedermachte, nachdem sie sich ergeben hatte, wird in Deutschland kein Mensch daran glauben, daß die Engländer die deutschen Luftschiffe nicht hätten retten können. Jeder wird annehmen, daß die ohnmächtige Wut über die Luftschiffangriffe auf Englands Küste das Motiv war, die deutschen Seetruwe unkommen zu lassen. Der Vorfall wird in Deutschland neuen Haß gegen England wecken. Die Erbitterung gebiert eine neue Steigerung der schrecklichen Kriegsführung — und so weiter bis ins Endlose! Und doch muß einmal halt gemacht werden. . . . Wir meinen, die Zeit sei wirklich gekommen. Denn der gegenseitige Völkerruß kann schließlich so weit getrieben werden, daß Menschlichkeit und Kultur auf Jahrzehnte durch den Vernichtungswahn im Menschheitsbewußtsein unterdrückt werden. Das müßte ewige Nacht des Menschentums bedeuten. . . .

Von der Kameruner Schutztruppe

Nach einer amtlichen Kaiser-Meldung ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die seit 1 1/2 Jahren sich gegen eine immer steigende Uebermacht vertheidigende Kameruner Schutztruppe auf spanisches Gebiet abgezogen hat. Um der geplanten Entkreuzung zu entgehen, ist die Schutztruppe in Stärke von 900 Weissen und 1400 Eingeborenen jetzt nach spanisch Guinea übergetreten. Sie wurden dort einwaflner und bleiben interniert. Die spanische Regierung sorgt für Unterkunft und Verpflegung. Die 1400 übergetretenen Eingeborenen sind natürlich nicht etwa nur Soldaten der Schutztruppe, denn so groß ist die Schutztruppe während des ganzen Ringens nie gewesen. sondern hauptsächlich Träger, Familien der eingeborenen Soldaten und andere Flüchtlinge.

Nach einer neueren Meldung werden die weißen Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen nach Spanien überführt werden.

Politische Rundschau

Nationale Verbrüderung.

Die russische bürgerliche Presse veröffentlicht einen richt über die Rede, die der berüchtigte Bogrombezer und Czarische Purischewitsch in der „Russischen Versammlung der ältesten und bedeutendsten christlichen Vereinigungen Petersburgs, Ende Dezember gehalten hat.

Nach einem warmen Lob an die Adresse der russischen Sozialdemokraten, die als „wahre Patrioten“ meinsam mit dem ganzen Volke ins Feld gezogen seien, „im Kampfe gegen die deutsche Despotie“ ihr Leben hingeben, wandte sich Purischewitsch der Bekehrigung Purischewitsch an, der bestimmtlich aus einem Saulus ein Paulus geworden ist und seit Kriegsbeginn für die „nationale Bewegung“, für die „Organisation der nationalen Verteidigung“ usw. Propaganda macht.

Recht drastisch schildert Purischewitsch den Standpunkt Plechanows gegenüber Deutschland. „Erlaubt auch uns“, habe Plechanow den Deutschen gesagt — „unseren eigenen Patriotismus zu haben. . . . Ihr fordert das Ende Russlands — ihr irrt euch: ich bin keineswegs in den Dienst preussischen Imperialismus getreten. Ihr wollt, daß wir rote Banner der Revolution erheben, damit ihr Russland vernichten könnt. Ihr irrt euch: wir werden mit unserer Aufgabe fertig werden und den Feind besiegen.“

Dies der Standpunkt Plechanows in der Auffassung Purischewitschs. „Diese Rede“ — bemerkte er — „hält in den Mäumen der russischen Versammlung gehalten werden können.“

Dieser Kennzeichnung, die die schlimmste Brandmarkung Plechanows ist, haben wir nichts hinzuzufügen.

Der Konflikt zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Ueber den „Lusitania“-Fall ist es noch immer nicht zu einem Ausgleich zwischen der deutschen und der nordamerikanischen Regierung gekommen. Die „Frankfurter Zeitung“ die gute Beziehungen hat, schreibt:

„Wir sind der Hoffnung, daß es zum Abbruch der Beziehungen — von schlimmerem zu schlimmer — zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht kommen wird. Trifft die Unerwartete doch ein, so wird Deutschland einem neuen Segen so standhaft die Stirne bieten wie den alten.“

Das Frankfurter Blatt hält also das „Unerwartete“ nämlich den Krieg mit den Vereinigten Staaten, nicht für unmöglich, sondern rechnet damit stark.

Ueber die Höhe der Entschädigung, die vom Deutschen Reich denjenigen Amerikanern gezahlt werden soll, deren Angehörige durch die Torpedierung des englischen Passagier- und Handelsdampfers „Lusitania“ im vorigen Mai ums Leben kamen, scheint volle Einigkeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu bestehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten verlangte nun aber von der deutschen die Erklärung, daß unsere Entschädigung keine freiwillige Leistung ist, sondern durch eine völkerrechtswidrige Handlung deutscherseits entstandenem Verpflichtung.

Die deutsche Regierung hatte diese Forderung abgelehnt, aber sich bereit erklärt, die Frage, ob die Torpedierung der „Lusitania“ völkerrechtswidrig erfolgt sei oder nicht, dem Haager Schiedsgericht zu übertragen. Das genügte der nordamerikanischen Regierung nicht.

So weit war die Sache gediehen, als am 1. Februar eine Weisung der deutschen Regierung an den deutschen Botschafter in Washington abging. Von dieser Weisung wurde halbamtlich behauptet, daß sie eine endgültige Verständigung mit Amerika über den Fall der „Lusitania“ erhoffen lasse.

Liebnecht und die Rechtsanwaltschaft.

Die Deutsche Juristenzeitung schreibt:
Der Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebnecht ist auf Grund des Mehrheitsbeschlusses der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages nunmehr aus der Fraktion ausgeschlossen worden. Immer noch aber ist Liebnecht Mitglied der deutschen Rechtsanwaltschaft. Es darf nicht erst tiefergehender wissenschaftlicher Forschungen, um der Ueberzeugung Raum zu geben, daß es ebensowenig im Interesse der deutschen Rechtsanwaltschaft wie in dem der deutschen Rechtspflege liegt, einen Mann wie Karl Liebnecht noch länger in den Reihen deutscher Anwälte zu sehen. Nachdem er in einer geradezu an Landesverrat grenzenden Weise die Ehre vermehrt hat, als Deutscher bezeichnet zu werden, sollte die deutsche Rechtsanwaltschaft ihn nicht länger in ihren Reihen dulden.

Auf Grund mehrerer, gleichzeitig uns zugetommener Anfragen, auch von deutschen Rechtsanwällen, richten wir daher an die Anwaltskammer und an den Ehrengerichtshof für deutsche Rechtsanwälte die Frage, ob im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtspflege ein Mann wie Karl Liebnecht noch weiter als deutscher Rechtsanwalt angesehen werden kann. Man kann auch nicht einwenden, daß Liebnecht lediglich unter dem Schutze der Immunität gehandelt hat. Denn auch außerhalb des Parlaments hat er, worüber die Tagespresse mancherlei Material mitgeteilt hat, in der gefährlichsten Stunde des Vaterlandes so stark gegen dessen Interessen gehandelt, die Landesverteidigung derartig erschwert, damit unseren Feinden Mut gemacht, die Gefahr der Verlängerung des Krieges, wie das neueste Manifest der französischen Sozialdemokraten ergibt, heraufbeschworen, und er, der sich für den Apostel des Friedens hält, dadurch eine so schwere Blutschuld auf sich geladen, daß kein Billigdenkender Liebnecht als einen für seine Ueberzeugung leidenden Märtyrer ansehen wird, wenn das Deutsche Reich dem die Ausübung hoher Rechte verweigert, der die Uebernahme der damit verbundenen Pflichten schroff ablehnt.

Bei dem Ansehen der Deutschen Juristenzeitung ist es unmöglich, diese Ueßerungen als unbeachtlich auf die Seite zu legen.

Zunächst ist nicht richtig, daß Liebnecht aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossen worden ist. Er hat vielmehr in Verfolg der gegen ihn gerichteten Fraktionsbeschlüsse selbst den Austritt aus der Fraktion erklärt.

Zur Sache selbst muß betont werden, daß Liebnecht die Ueberzeugung hat, durch sein Verhalten zur Verkürzung des Krieges beizutragen und so dem deutschen Volke wie der Menschheit zu dienen. So verfehlt seine Auffassung ist und so sehr wir das Auftreten Liebnechts verurteilen, so muß ihm unbedingt der gute Glaube in vollstem Maße zugeworfen werden.

Es ist ferner mit allem Nachdruck zu erklären, daß die Berufszugehörigkeit auf keinen Fall von der politischen Ge-

Danziger Nachrichten

Unsere Kriegerfrauen.

Genossin Käthe Leu schreibt uns:

Immer und immer wieder stößt man auch bei maßgebenden Persönlichkeiten der Kriegsfürsorge auf den besagten unrichtigen Standpunkt: „Unsere Kriegerfrauen geht es nicht schlecht, man sieht, wie sie sich leiden können.“ Hat der oft zweijährige so furchtbar opfervolle Krieg diesen Personen so wenig gelehrt, daß sie heute noch mit solchen kleinlichen und beleidigenden Ansichten für die Kriegerfrauen kommen müssen? „Unsere Kriegerfrauen geht es nicht schlecht!“ Soll es ihnen denn schlecht gehen? Denen, die alles opfert? Sie haben in tiefem Schmerz ihren Gatten und mit ihm den ganzen Halt ihres Seins, ihrer Kinder und ihres wirtschaftlichen Lebens. Ein leeres Nichts scheint ihnen die Zukunft. Kann man oder will man wirklich dieses Opfer nicht verstehen? Haben doch die meisten Frauen nicht einmal die Bildungslaufe, um selbst in diesem mörderischen Krieg noch den Fortschritt für die Menschheit zu sehen, um diesen Trost der Gebildeten zu haben.

„Wie sie sich leiden.“ Eine Kriegerfrau in Lumpen, wäre sie uns lieber, könnte das Vaterland sich ihrer rühmen? Rein, stolz sind wir auf unsere Kriegerfrauen, die ihre Kleidung zu erhalten suchen, um dem heimkehrenden, mit Siegeslober geschmückten Mann nicht als verlumpte Bettlerin entgegen zu eilen.

Dr. Marie Baum schrieb doch schon vor einem Jahr in den neuesten Nachrichten: „Wenn unter 11 000 Frauen wirklich 400 Laugenichte seien, was will das besagen? Blickt doch nicht auf diese wenigen lautlebenden schwachen Frauen, sondern auf all die tausenden tummeln Heldinnen, die sogar mit schwerer Fabrikarbeit am Tage und gesundheitschädlicher Nährarbeit bis in die sinkende Nacht sich mühen, den Herd des kämpfenden Kriegers so zu erhalten, wie er ihn verließ.“

Einen Tempel der Dankbarkeit und Verehrung müßten wir bauen für diese Heldinnen, die Mütter des neuen Deutschland, und einen Denkstein der Beschämung für ihre engherzigen Verteilner.

Danziger Fischnot.

Vielcs Ungünstige veranlaßte der Krieg. Die Ausnahmsregeln der Begner Deutschlands haben manche Nahrungsmittel knapp werden lassen. Auf einem Gebiet mußten sie aber ohne Einfluß bleiben: den Segen des Meeres konnten sie uns nicht verringern. Für das an der See gelegene Danzig blieb noch immer der Trost, daß der Fischreichum der Ostsee wirklichen Mangel in der Ernährung auch für die Vermissten verhindern würde. Und es fehlte denn auch nicht an reichlichen Empfehlungen, schon rechtzeitig in größerem Umfang zu Fischzucht zu greifen. Leider fehlt uns schon seit vielen Jahren der vorher in großen Massen gefangene Pommesel, der wegen seines Wohlgeschmacks und seiner Größe ein sehr wertvolles Nahrungsmittel war. Er scheint ausgestorben. Mit unerfüllter Treue kommt aber sein kleinerer Bruder, der Breitling, alljährlich zu bestimmten Zeiten in riesigen Massen auch zu den Danzigern. Bei Hela befinden sich die hauptsächlichsten Fangplätze. Aber schon im Frieden ist leider auch der Breitling für die Danziger Hausfrauen meist eine recht fagenhafte Erscheinung geworden. Wohl berichten die Zeitungen von großen Fängen; auf den Danziger Fischmarkt verirrt sich aber wenig von dem Reichtum. Der Großfischhandel entführt der Fisch ins Binnenland und in die Räuherien und macht glänzende Geschäfte. Und diese Spekulation betätigt sich jetzt, trotz Englands Hungerplänen, noch rückwärts. In diesen Tagen und Wochen wissen die in Hela zusammengeströmten Fischer den Reichtum kaum zu bergen. Auf dem Danziger Fischmarkt kostet jedoch ein einziges Pfund der roten Fische im Höchstpreise 25 Pfg., geräuchert 60 und meist 65 Pfg. Früher bezahlte man bei reichen Fängen 10 Pfg. für den ganzen Eimer. Die jetzigen Preise sind manchen Händlern nach ihren meist recht unfreundlichen Äußerungen aber noch immer zu niedrig. So ungläublich dieser Appetit ist, so versteht man ihn doch, wenn man in den Fischgeschäften das Pfund als „Kieser“ bezeichnet geräucherter Sprotten mit 1,20 Mark ausgezeichnet sieht.

Sogar den Danziger neuesten Nachrichten fällt diese Fischverteuerung auf die Nerven. Sie teilt am 9. Februar, allerdings nicht redaktionell, sondern als Zuschrift mit, daß der Preis für die frischen Breitlinge in Hela seit dem 31. Januar auf 10 Mark pro Zentner gefallen (!) ist. Der Großhändler habe pro Zentner bis Danzig nur 2 Mark Unkosten. Ihm kosteten die Fische in Danzig also 12 Mark. Die Händler müßten ihm aber 20 bis 22 Mark zahlen. Der „Verdienst“ stelle sich somit auf 10 Mark pro Zentner. Bei einem Tagesverkauf von 100 bis 200 Zentner also 1000 bis 2000 Mark. Täglich würden fast 1000 Zentner Breitlinge in Hela gefangen, viel zu wenig kommen davon nach Danzig. Die Redaktion bemerkt dazu, daß am 8. Februar 1490 Zentner gefangen, aber nur 200 Zentner nach Danzig gebracht wurden. Im Januar sind, bemerken wir, in Hela ca. 15 600 Zentner der kleinen Fische gefangen. Das Blatt meint selbst, daß der unverständliche Niesenverdienst fast ausschließlich einer Firma zufließt, die den hiesigen Fischmarkt monopolistisch beherrscht. Den Namen hat man jedoch gestrichen. Es kann wohl nur der Großhändler Pähel gemeint sein. Der Einfuhr der N. N. fordert zur Abhilfe Fortfall des Höchstpreises, der hier wieder Mindestpreis geworden ist. Den Großhändlern will er 2 bis 3 Mark Verdienst lassen und wünscht ein Ausfuhrverbot für die Ausfuhr über die Provinz Westpreußen hinaus.

Der Fortfall des Höchstpreises würde gar nichts nützen, wohl aber seine Herabsetzung auf zunächst nicht über 10 Pfg. Dazu müßte die Bundesratsverordnung gegen den Wucher im Handel kräftig gehandhabt werden. Darüber hinaus — und das ist die Hauptsache! — darf der Fang und Vertrieb der Fische nicht dem Privatkapital überlassen bleiben. Gelingt es

der Stadt nicht, mit Fischern auf verständiger Grundlage abzuschließen, so muß sie sich dazu entschließen, mit einigen Motorkuttern selbst fischen zu lassen. Sollte sie anders nicht geeignete Fachkräfte erhalten, so würde sie sicher vom Marinekommando unschwer die erforderlichen Leute erhalten können. Hier muß schnell und energisch zugegriffen werden: das Wohl des Volkes und nicht des Großhändlerturns muß auch für unsere Stadtverwaltung das höchste Gesetz sein.

Gedenktage Danziger Truppen.

Grenadier-Regiment König Friedrich I. (4. Ostpr.), Nr. 5.
Danzig-Marienwerder.

2. 1. 15. Borzymow. Das heiß umstrittene Gut Borzymow wird vom Regiment erfürmt. Dabei werden 500 Gefangene gemacht und vier Maschinengewehre erbeutet.
3. 1. — 27. 1. 15. Borzymow. Regiment weist bei starker Erschöpfung die Versuche der Russen, das Gut wieder zu gewinnen, blutig zurück.
28. 1. 15. Borzymow. Blutiger Angriff des Regiments auf die besetzte russische Stellung östlich des Gutes Borzymow.

Zum Verbot von Webwaren-Ausverkäufen ersucht uns die Kommandantur mitzuteilen, daß das Verbot des Ausverkaufs sich auch auf Schuhwaren aus gewebten Stoffen und auf Schuhwaren mit gewebtem Futter erstreckt.

* Für die Angehörigen von Vermissten ist die Frage von Bedeutung, ob und unter welchen Voraussetzungen sie die ihnen beim Tode ihres Ernährers zustehenden Versicherungsansprüche geltend machen können.

I. Auf Grund der Invaliden-Versicherung kommen folgende Ansprüche in Frage:

1. Witwenrente. (Besondere Voraussetzung: Invalidität der Frau. Eine Frau, die selbst noch arbeiten kann, erhält keine Rente.)
2. Waisentrenne. (Besondere Voraussetzung: Alter unter 15 Jahren.)
3. Witwengeld. (Besondere Voraussetzung: Außer dem Mann muß die Frau selbst gegen Invalidität versichert sein.)
4. Waisenaussteuer. (Besondere Voraussetzung: Außer dem Vater muß auch die Mutter der Kinder gegen Invalidität versichert sein; ferner Vollendung des 15. Lebensjahres.)

Nach § 1265 der Reichsversicherungsordnung können diese Ansprüche von den Angehörigen eines Vermissten geltend gemacht werden, wenn während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten von ihm eingegangen sind, und die Umstände seinen Tod wahrscheinlich machen. Das Versicherungsamt kann von den Hinterbliebenen die eidesstattliche Versicherung verlangen, daß sie von dem Leben des Vermissten keine anderen als die angezeigten Nachrichten erhalten haben.

Nach § 1266 wird in einem solchen Fall der Todestag, also der Anfangstag für den Bezug der Rente, von der Versicherungsanstalt nach billigen Ermessen festgestellt.

Die Angehörigen des Vermissten tun gut daran, eine Bescheinigung beizubringen, aus der sich ergibt, seit wann und unter welchen Umständen die betreffende Person vermisst ist, welche Schritte zu ihrer Ermittlung geschehen sind und ob der Tod mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Wegen der Ausstellung einer solchen Bescheinigung wende man sich an den Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene in Hamburg, Ferdinandstraße 75, und Frankfurt am Main, Bahnhofplatz 12/14, oder an die mit ihm in Arbeitsgemeinschaft stehenden Ortsausschüsse.

II. Die Ansprüche sind bei dem Versicherungsamt des letzten Wohn- bzw. Beschäftigungsortes des Vermissten, unter Vorlegung der Quittungskarte und der standesamtlichen Urkunden, anzumelden. Dort erhalten die Hinterbliebenen auch Auskunft über die einzelnen weiteren Voraussetzungen, unter welchen ihnen die oben aufgeführten Ansprüche zustehen.

Nach § 398 des Angehörigen-Versicherungsgesetzes steht der Witwe und, falls eine solche nicht vorhanden ist, den noch nicht 18 Jahre alten Kindern eines verstorbenen Angestellten-Versicherten, ein Anspruch auf die Hälfte, bei freiwilliger Versicherung auf Dreiviertel der für die Versicherten geleisteten zum großen Teil sehr erheblichen Beiträge zu. Die Angehörigen von Vermissten können diesen Anspruch dann geltend machen, wenn während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten von ihm eingegangen sind und die Umstände seinen Tod wahrscheinlich machen. Der Antrag auf Rückerstattung ist zu richten an den Rentenausschuss Berlin, Berlin-Wilmersdorf, Nikolsburgerplatz 2. Dem Antrage ist die Versicherungskarte des Vermissten, die Heiratsurkunde der Witwe (bei Waisen auch die Sterbeurkunde der Mutter) und die Geburtsurkunden der Waisen beizufügen. Der Antrag hat zugleich die näheren Angaben zu enthalten, aus welchem sich das Vermisstein des Versicherten ergibt. Zweckmäßig ist es, diese Angaben durch Beifügung einer Bescheinigung des Ausschusses für deutsche Kriegsgefangene (siehe oben zu I) zu belegen.

III. Zur Vermeidung von Verlusten sollen die ob angeführten Ansprüche innerhalb eines Jahres nach dem Vermisstein bei den zuständigen Stellen geltend gemacht werden. Dies gilt insbesondere für den Anspruch auf Witwengeld (siehe oben I, III) und den Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge der Angestellten-Versicherung (siehe oben II). Diese Ansprüche verfallen nämlich, wenn sie nicht binnen eines Jahres geltend gemacht werden. Es empfiehlt sich deshalb, daß die Angehörigen eines Vermissten zeitig nach Eingang der letzten Nachrichten den Antrag auf Gewährung des Witwengeldes und der Beitrags-hälfte stellen.

Die Auswahl der Geschworenen für die am 28. Februar beginnenden Sitzungen des Schwurgerichts hatten hinsichtlich der Bevölkerungskreise, aus denen sie entnommen wurden, wieder das schon vor dem Kriege häufig bedauerte Ergebnis. Es wurden gewählt: 8 Rittergutsbesitzer und Gutsbesitzer, 3 Kaufleute, 2 Rentiers, 3 Handwerksmeister, 2 Professoren, 2 Paumeister, 5 höhere Beamte, 1 Lehrer und 1 Kapitän a. D. Unter den 50 Geschworenen befindet sich also wieder nicht ein einziger, der zu den handarbeitenden Klassen gehört und die Lebensverhältnisse der Beschäftigten aus eigener Erfahrung kennt. Auf der Anklagebank ist jedoch das umgekehrte Verhältnis vertreten. Daher bleibt der tatsächlich erfolgte, geschichtlich nicht geforderte Ausschluß der Arbeiter von der Rechtssprechung immer wieder tief bedauerlich.

Die Feldgrauen und die Kinder. In manchen Klassen Danziger Schulen wird eifrig an Liebesgaben für die Soldaten in den Schützengräben gesammelt. Die Kinder beteiligen sich eifrig an dem Werk. Viel ist es ja nicht, was sie beisteuern können; dazu drückt die Teuerung zu sehr. Aber das Wenige wird gerne gegeben und bereitet den Feldgrauen im Feindesland doppelte Freude, weil es von Kindern kommt. Und aus dem fremden Lande trägt die Post Grüße in die deutschen Gauen zurück, die hier wieder Freude erwecken. So bringt uns ein kleines Mädel glückselig eine Feldpostkarte mit folgendem Inhalt:

Belita-Plana, den 14. 1. 16.

Meine kleine Freundin!

Sende Dir in Ermangelung einer Ansichtskarte aus Serbien die besten Grüße und sage gleichfalls meinen besten Dank für die große Freude beim Empfang Deiner Liebesgabe aus der VI. Klasse. Wenn ich in eine Stadt komme, wo es Ansichtskarten gibt, denke ich Euer wieder.

Run nochmals Dank und herzlichsten Gruß.

Alfred Niemann.

Die Karte soll in die Zeitung, damit unsere Soldaten noch mehr Liebesgaben bekommen, erkläre die Kleine. Wir tun ihr gerne den Gefallen. Sind die Feldgrauen doch ein Stück von uns selber . . .

Diegt das im Interesse der Gesundheitspflege? Der Besitzer des Hauses Weinbergstraße 20 in Schildlich, Bauunternehmer Zieroth, hatte im Januar 1916 noch nicht die Wassergebühren für das zweite Quartal 1915 bezahlt. Der Magistrat machte in einem vorgelegten Formular am 13. Januar den Einwohnern von dieser Tatsache Mitteilung und zeigte ihnen an, er hätte das Recht, ihnen das Wasser zu sperren. Sie könnten diese Maßnahme abwenden, wenn sie selber den Wassergeld entrichteten. Das konnten die Einwohner nicht, und so ist ihnen tatsächlich die Wasserleitung gesperrt worden. Die Spülvorrichtung zu den Klosetts ist nach den Mitteilungen der Einwohner schon mehrere Wochen vorher gesperrt gewesen. Herr Zieroth soll, wie die Einwohner weiter erklären, noch eine Anzahl anderer Grundstücke besitzen und auch dort mit den Abgaben im Rückstand sein. Trifft das zu, dann ist es verwunderlich, daß der Magistrat nicht eins der Zieroth'schen Grundstücke unter Sequestre stellt und sich von dem Ertrage das regelrechte Eingehen der Abgaben sichert. Die Mieter, die ihren Verpflichtungen nachkommen müssen, in einem solchen Falle für den Hauswirt verantwortlich zu machen, geht doch nicht gut an und dürfte auch nicht im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege liegen.

Die feiertäglichen Sonderausgaben der bürgerlichen Zeitungen dürfen seit einiger Zeit nicht mehr erscheinen. Das ist im Interesse des Publikums sehr nützlich, das dadurch auch vor unbegründeter Aufregung bewahrt bleibt. Der sensationell aufgepußte Inhalt der sogenannten Sonderausgaben war meistens vollkommen wertlos. Sie entsprachen viel weniger einem Bedürfnis als der Klame der Zeitungsunternehmer. Genau dasselbe gilt von den gelben Zetteln der neuesten Nachrichten und den blaßrosafarbenen der Danziger Zeitung, die unter dem stolzen Titel „Extrablätter“ auf den Geldbeutel des Publikums losgelassen werden. Auch ihr Verschwinden würde keine zu bedauernde Lücke hinterlassen, dafür aber der ersten, nichtsensationalen Beurteilung der Zeitereignisse sehr dienlich sein.

Hilfskräfte für die freiwillige Krankenpflege werden in einer Bekanntmachung gesucht, die Herr Oberpräsident von Jagow in der heutigen Nummer unserer Zeitung veröffentlicht. Hilfsbereite Männer aller Stände, die entweder dauernd militärfrei oder nur garnison- und arbeitsdienstverwendungs-fähig sind, werden eingeladen, sich an den Wochentagen in der Zeit von 9—1 Uhr im Zimmer 91 des Oberpräsidiums zu melden.

Was in Danzig nicht möglich ist. In Stolp gibt es seit Montag Karten für den Bezug von Schweinefleisch; in Landsberg a. d. Warthe richtet der Magistrat eine eigene Schweinemästerei ein, um sich von den Händlern unabhängig zu machen. Bei uns in Danzig ist weder das eine noch das andere möglich. So meinen unsere Stadtväter wenigstens.

Auf den Lichtbildervortrag am morgigen Sonntag, Indien, ein Stützpunkt der englischen Welt-politik, sei an dieser Stelle nochmals hingewiesen. Karten kosten pro Person 30 Pfennige und sind bei den bekannten Stellen sowie in der Buchhandlung Volkswacht zu haben. Der Vortrag beginnt pünktlich 4 Uhr.

Aus Westpreußen

Zu hohe Arbeitslöhne?

Aus Thorn schreibt man uns: In der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung, die am 19. Januar stattfand, fiel eine Äußerung, die gegenwärtig in der Arbeiterkammer Thorn's viel besprochen wird. Bei der Debatte über die Verpachtung des Artushofes wurde die gründliche Erneuerung des Lokals angeregt. Der Stadtverordnete Paul empfahl, die Arbeiten jetzt vornehmen zu lassen. Das wurde von dem Stadtr-

Waffen für unmöglich erklärt, da die erhöhten Transportkosten und die hohen Arbeitslöhne die Arbeiten ungebührlich verteuern würden. Den Arbeitern Thorns ist diese Anschauung unverständlich, weil sie sich fragen müssen: Wo werden diese „hohen Löhne“ gezahlt? Im Tischlergewerbe wurde zu Anfang des Krieges einige Wochen hindurch für Kriegszulagen ein Zuschlag von 25 Prozent gezahlt. Mehrere Unternehmer vergaßen dann die Arbeit im Afford, wobei die Löhne so waren, daß noch ein leidlicher Verdienst herauskam. Von hohem Lohn aber kann durchaus keine Rede sein. Bei den Maurern und Bauarbeitern waren keine oder nur ganz winzige Lohnerhöhungen zu verzeichnen. Wo wirklich einige Pfennige Kriegszulage gezahlt wurden, fehlte es nicht an Ver suchen der Unternehmer, die winzigen Erhöhungen wieder fortzusetzen zu lassen. Nur der guten Konjunktur und dem Zusammenhang der Arbeiter war es zu verdanken, daß diese Veruche erfolglos blieben und daß der Lohn abgesehen von einigen Unternehmern, die 60 Pfennige pro Stunde zahlten, auf 55 Pfennige pro Stunde stieg. Wöllig leer gingen die Töpler aus. Im Malergewerbe zahlten die Unternehmer nicht nur keine Kriegszulage, sondern einer der Herren bekommt es sogar fertig, den Gehilfen, wohl im Interesse des Burgfriedens, bis 8 Pfennige pro Stunde unter dem tariflich festgesetzten Lohn zu bieten. Statt 51 Pfennige will er 46 Pfennige pro Stunde zahlen. Dabei hat dieser „Patriot“ königliche Patente, die sicher den Verhältnissen und vorausgesetzten höheren Löhnen nach bezahlt werden.

Bekanntlich hat sich die wöchentliche Ernährung einer vierköpfigen Familie nach den Ergebnissen der Statistik unter der zu Grund gelegten Verpflegung eines Marinemanns von 2533 Mark im Juli 1914 auf 3736 Mark im Herbst 1915 erhöht. Das ist eine Verteuerung um 12,03 Mark oder 47,5 Prozent. Die Verteuerung kommt natürlich nicht in allen Städten gleich zum Ausdruck. Daß Thorn zu den Städten mit billiger Lebenshaltung gehört, wird von niemand behauptet werden können. Sollten die Löhne mit der Verteuerung auch nur einigermaßen gleichen Schritt halten, so müßten sie in Thorn 75 bis 80 Pfennige pro Stunde betragen. Heute kann man auch nicht entfernt von „hohen Löhnen“ sprechen.

Burgfriedliches aus Odra.

Aus Odra schreibt man uns: Am 23. Januar sollte im Lokal des Herrn Wille in Niederfeld ein Lichtbildervortrag stattfinden. Zwei Genossen besorgten das Lokal. Für die Uebernahme des Lokals wurde eine Entschädigung von 12 Mark vereinbart, 5 Mark wurden sogleich entgegengenommen. Der etwaige Uebernahmehalt sollte dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt werden. Die pekuniäre Anmeldung erfolgte am 14. Januar. Später wurde noch zweimal mit der Leiterin des Geschäftsbüros telefonisch verhandelt und beide Male erklärte sie, daß der Lichtbildervortrag stattfinden könne. Um so mehr überrascht war der Veranstalter, als er am 18. Januar folgende amtliche Mitteilung erhielt:

Der Amtsvorsteher. Odra, den 18. Januar 1916.
Sehr B. 2354.

Zum Vorzug vom 14. d. Mis.

Der Leiterin des Geschäftsbüros, Fräulein Rosalie Wille, hier, Niederfeld, ist von der Abhaltung eines Lichtbildervortrages am 23. d. Mis. in ihrem Lokal nichts bekannt. Sie gestattet den Vortrag nicht. Fräulein Keimer, von der Sie wohl das Lokal gemietet haben, ist nicht erreicht und nicht anwesend. Die Erteilung einer Anmeldebekanntmachung erübrigt sich daher.

Der Amtsvorsteher.

Rat 16. Amtsvorsteher

Die Abhaltung des Lichtbildervortrages wurde also nicht genehmigt. Das geschriebene Schreiben erhielt der Leiterin des Geschäftsbüros von der Besorgung in ihrem Lokal nichts bekannt. Dem Veranstalter gegenüber verhielt sich die Wille aber zur Vergeltung des Schadens für die Abhaltung. Das Geschäft wiederholt sich telefonisch und telefonisch. Es ist das ein schweres Verbrechen, daß die Leiterin des Geschäftsbüros aus eigenem Willen diese Aufgabe zurückgezogen haben sollte. Nach wunderbarer ist die Tatsache, daß dieser Entschluß den Arrangements nicht direkt und präzis mitgeteilt wurde, sondern immer noch offiziell durch den bis dahin mit der Abhaltung des Lichtbildervortrages beauftragten Amtsvorsteher von Odra zugeht. Die Terminierung bei einer Unterbrechung des Lokals sehr unklar. Sehr wahrscheinlich haben hier wieder in Odra nicht nur unbekanntete Kräfte eingewirkt. Die als Interesse an der Verteuerung haben. Ohne diese Verteuerung drücker wäre es das nur so vertehen, wenn die Selbstverwaltung des Roten Kreuzes haben sollte. Daß die Verwaltung den Vortrag zum Guten wurde. Es ist doch geradezu ausgeschlossen, daß die Wille, die zum Schaden des Roten Kreuzes beabsichtigt haben sollte.

Der Vortrag sollte am 23. d. Mis. im Kriegsjahre 1916 im Lokal des Burgfriedens stattfinden und nicht am 23. d. Mis. im Kriegsjahre. Es konnte keine Antwort mehr. „Komme nun nach Dörfel“, brachten.

Der Lichtbildervortrag am 23. d. Mis. über die Herrschaft der Lichtbilder wurde durch das Tagesverbot wegen legendärer Wunden nach unvorhergesehenem Gegenstand. Am 23. d. Mis. aber fand ein von anderer Seite verantwortlicher Lichtbildervortrag in der Odra statt über „Das politische Parlament“. Dieser Lichtbildervortrag hat sich über den Lichtbildervortrag wegen einiger sehr wenig interessanter Punkte wiederholend wiederholt. Besonders auch deshalb, weil er ein von anderen Seiten große Anzahl Kinder und Jugendlichen in den Lokalen zahlte. Hier haben wir keine Mittel gefunden, um den Vortrag zu verhindern. Da der Vortrag aber nicht durchgeführt werden sollte, wird diese Behauptung immer noch aufgestellt und daraus die richtige Lehre gezogen.

In Wirbau (Grenz des 29. Jahres die Dienstmädchen Elona Zolmeh in die Weichsel. Die Sebensmädchen erranz

Schichau wächst weiter.

Nur kurzen Lesern wir in einer bürgerlichen Zeitung über die weitere Ausdehnung der Schichauwerke in Elbing:

Die Firma J. Schichau erweitert im Norden der Stadt ihren Grund und Boden immer mehr. Nicht nur, daß die gesamte Schichau-Ertrage schon in ihrem Besitz ist, so wird ihr auch bald die ganze Große und Kleine Stromstraße unweit des Elbingflusses gehören. Wegen des Ankaufs der letzten, ihr noch nicht gehörenden bebauten Grundstücke in der Großen Stromstraße steht die Firma mit den Besitzern augenblicklich in Unterhandlungen. Ein Stein des Anstoßes war der Firma Schichau die Eisengießerei für Handelsartikel Eduard Tischen (Inhaber Hermann Tischen). Ein Ankauf zerhielt sich, da die Firma Tischen für ihren mitten in der Schichauwerk gelegenen Betrieb über eine Million Mark forderte. Da kam der Zufall zu Hilfe. Die Firma E. Tischen geriet in Zahlungsschwierigkeiten, und die Firma Schichau erwarb den Betrieb billig von der Konkursmasse. Auch die unweit der Hafteferbahn gelegene Zementröhren- und Kunststoffsabrik von A. Nummer Raack, kaufte die Firma Schichau günstig, da auch hier Konkurs vorlag. In der Maasstraße, unweit der gemauerten Montaghalle, wird die Firma wohl bald eine große Gießerei erbauen.

Seit teilt die Elbinger Zeitung mit, daß die Firma Schichau von der Stadt den Aischhofgraben bis zum Elbingfluß kaufen wolle. Die durch die Schichauwerke führende Straße hätte für die Öffentlichkeit auch kein großes Interesse mehr.

Vermutlich wird sie also auch über kurz oder lang in den Besitz der Firma Schichau übergehen. So verpeißt die Firma einen ihrer Nachbarn nach dem andern und schafft in Elbing ein zweites Essen. Doch auch dieses Stunde wird schlagen. Wenn nach dem Krieg die Neuregelung der Dinge eintritt, wird die Verstaatlichung der Schichauwerke zu den Forderungen gehören, die mit am lautesten erhoben werden.

Noch immer der alte Dred. Der Droschkentischer Grasnied in Elbing sollte eines Tages einen Dr. S. nach Grubenhagen fahren. Er vermochte den Auftrag nicht ganz auszuführen, weil der Wagen vor dem Ziel im Dred stecken blieb. Der Doktor zeigte Grasnied an und dieser erhielt ein polizeiliches Strafmandat. Das Schöffengericht hob die Bestrafung Grasnieds auf, weil, so erklärte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung dieser unmöglich den Fahrgast am Ziel abzusetzen vermochte, ohne zuvor zur Flotmachung seines Wagens selbst Hilfe geholt zu haben.

Grubenhagen ist noch immer eine Straße, deren Zustand Elbing nicht zur Ehre gereicht.

Genosse Kofinsky-Graudenz, der den Feldzug seit seinem Beginn als Unteroffizier in einem Pionierbataillon mitmacht, ist für bewiesene Tapferkeit vor dem Feinde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden.

Aus der Partei

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz.

Auf Beschluß des Parteivorstandes wird von jetzt ab die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz jede Woche herausgegeben werden. Bis zum Ausbruch des Krieges erschien sie alle 14 Tage, nach Kriegsausbruch unregelmäßig.

Die Parteikorrespondenz wird auch in Zukunft das zur Beurteilung der politischen Situation nötige Material bringen und von wichtigen Vorgängen und Meinungsäußerungen innerhalb der Partei fortlaufend Notiz nehmen und, wenn nötig, sachliche Richtigstellungen dazu geben.

Die Parteikorrespondenz soll in Zukunft weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Besonders den Kreis- und Ortsvereins-Vorsitzenden und den Funktionären der Partei soll sie durch die Bezirksorganisationen regelmäßig zugestellt werden, an die Anfragen wegen Lieferungen zu richten sind.

Die Zeitungen des linken Flügels nehmen gegen die Neuierung Stellung, da sie in ihr eine Beeinträchtigung der Genossen im Sinne der augenblicklichen Parteimehrheit zu erblicken glauben.

Von den Spaltungspolitikern.

Nachdem vor kurzem der auf dem linken Flügel unserer Partei stehende Genosse Kühle in einem längeren Artikel die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie als wünschenswert und unvermeidlich hingestellt hat, schlägt jetzt der rechts stehende Genosse Winnig in die gleiche Kerbe. Winnig, der zweite Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, veröffentlicht einen Artikel, in dem er nach bekanntem Muster darlegt, daß die Genossenschaften unter allen Umständen an der „Politik des 4. August“ festhalten müssen. Der Kern seiner Darlegungen ist in folgenden Sätzen enthalten:

Die Genossenschaften werden mit Nachdruck aussprechen, daß sie keine andere Politik als die der heutigen Mehrheit gutheißen und unterstützen können. Sie werden das tun, weil sie müssen. Gewiß werden sie es der Partei überlassen, auf ihrem Parteitag das Urteil über die bisherige Politik zu sprechen und die Richtlinien der künftigen Politik zu ziehen. Aber gleichviel, wie diese Entscheidungen fallen mögen — sie können die Genossenschaften nicht zu einer grundlegenden anderen Haltung bewegen. . . .

Winnig vertritt also nicht nur die Auffassung, daß die Genossenschaften der Sozialdemokratischen Partei um jeden Preis eine politische Marschroute vorzuschreiben berechtigt seien, die gewisse Genossenschaftsleitungen für die einzig richtige halten, sondern er droht auch ganz unverblümt mit der Abkündigung der Genossenschaften von der Sozialdemokratie und der Schaffung einer selbstständigen Genossenschaftspartei, falls die Sozialdemokratische Partei sich dennoch der Politik der Mehrheit zuneige.

Was nach Kühle und Kolb noch an „Sonderbündler“ und „Parteirepäsentanten“.

Freilich nehmen wir auch Winnigs Drohung nicht allzu ernst. Zu einer politischen Sonderaktion der Genossenschaften

Freilich nehmen wir auch Winnigs Drohung nicht allzu ernst. Zu einer politischen Sonderaktion der Genossenschaften

ten müßten doch auch die Massen der Genossenschaftsmitglieder ihre Zustimmung geben.

Diese aber sind zurzeit in den Großstädten bereits vollen Zugs dabei, den Winnig und Genossen die Gefolgschaft zu kündigen. Die Arbeiterschaft weiß, daß ihre Stärke in der Zusammenhalt liegt und wird sowohl Kühle wie Winnig mit aller Deutlichkeit die Wege weisen.

Nochmals die Bremische Korrespondenz.

Die Bremer Parteigenossen saßen gegen eine ganz geringfügige Stimmzahl den Beschluß, daß die Bremische Korrespondenz aufhören soll zu erscheinen. Im Falle des Weitererscheinens soll der Verlag der Bremer Bürgerzeitung den Druck ablehnen. Auch der Parteivorstand hat gegen das Blatt der Sonderbündler vom rechten Flügel Stellung genommen. Trotzdem erscheint die Bremische Korrespondenz weiter. Die Bremer Bürgerzeitung schreibt zu diesem Disziplinbruch:

„Es hat harmlose Gemüter gegeben, die meinten, nachdem die gesamte Parteipresse von der „Korrespondenz“ abgerückt, nachdem der Parteivorstand einstimmig, einschließlich der engeren Freunde des Niendorf, das Erscheinen des Antiparkeblattes verurteilt, nachdem die Mitglieder gegen eine höchst geringe Zahl von Stimmen mit aller Deutlichkeit ihre Meinung ausgesprochen, würde nun die weitere Herausgabe des Spaltungsorgans unmöglich sein. Die Genossen haben indessen nicht beachtet, daß sich Niendorf und seine viel weniger harmlosen Schergen ihr Ziel zu hoch gesteckt haben, als daß sie sich diese Last der Warnung dienen ließen. Sie wollen die radikale Mehrheit in Bremen vernichten, koste es was es wolle. Die Bürgerzeitung muß entweder von der Faulenstraße (dem Gemeindefestsaal) aus redigiert oder sie muß ruiniert werden. Wird das eine nicht erreicht, dann aber alle Mann aus Wert, damit das andere gelinge. Eine Bremer Bürgerzeitung, die der Tummelplatz für die Auffassungen von Chauvinisten wie der David, Heine, Landsberg ist — oder gar keine. Die Einheit der Partei über alles und unbedingte Sicherung ihrer Machtmittel, solange sie im Sinne der Bürokratie funktionieren — sonst wird sie kaputtgeschlagen, da die Scherben krachen. Drum auch wird in der neuesten Nummer der Korrespondenz offen ausgesprochen, daß die Bremer Parteigenossen beschließen können, was sie immer wollen, die Niendorf werden sich nicht einen Augenblick dadurch stutzig machen lassen. Der Wille der Parteigenossenschaft ist ihnen im höchsten Maße schnuppe.“

In den Kreislag gewählt. In Haspe (Westfalen) wurde bei der Wahl von drei Kreislagabgeordneten für den Landkreis Hagen unser Genosse Stadtverordneter Wilhelm Leonhard gewählt, allerdings erst dann, als ein bürgerlicher Kandidat, der die gleiche Stimmzahl wie Leonhard hatte, durch Los ausgeschieden worden war.

Aus dem Gerichtssaal

Eine recht fernige Sprache gegen die Lebensmittelwucherer führt die Strafkammer zu München-Gladbach in einem Urteil gegen einen Kartoffelhändler, der wegen Uebererschreitung der Höchstpreise zu drei Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Es heißt da:

„Der Kriegswucherer ist ein gemeines, von niedriger Gewinnung zeugendes Vergehen besonders schwerer Art. Wenn sich an ihm beteiligt, begeht Verrat an seinem eigenen Volk und Vaterland. Durch unzulässige Verteuerung der zum Lebensunterhalt nötigen Gegenstände wird die körperliche und namentlich auch die geistige Kraft unseres Volkes geschwächt. Das Durchhalten in dem schwersten Kampfe, den je ein Volk zu kämpfen hatte, wird durch die Lebensmittelwucherer gefährdet. Mut und Kampfesfreudigkeit unserer draußen im Felde stehenden Truppen können durch die vor den Nahrungsmittelwucherern heraufbeschworene Sorge um Weib und Kind in der Heimat untergraben werden. Der Lebensmittelwucherer unterwühlt die Grundlagen des Staates, er kann die Ordnung im Innern ins Wanken bringen. Der Lebensmittelwucherer gefährdet die Gesundheit der heranwachsenden Jugend, auf der unsere Zukunft beruht. Wer sich an dem Lebensmittelwucherer beteiligt, ist ein Verräter, der als innerer Feind aus niedriger Gewinnsucht seinem Volke in den Rücken fällt und das, was unsere Krieger draußen geschaffen und errungen haben, aufs Spiel setzt. Der Angeklagte hat zwar nachweislich nur in einem Falle Kartoffeln zu übermäßig hohem Preise verkauft. Allein aus derartigen Einzelfällen setzt sich die Gesamterscheinung des Lebensmittelwuchers zusammen, dem mit den schärfsten Strafen entgegenzutreten das Wohl unseres Volkes und Staates gebieterisch fordert.“

Leider wird auch diese scharfe Sprache den Lebensmittelwucherer nicht aus der Welt schaffen. Aber mehr könnte doch gebessert werden, wenn die Gerichte allenthalben mit gleicher Schärfe gegen diesen „inneren Feind“ vorgingen.

Humor und Satire

Wenn du noch etwas Butter hast.

Neues Berliner Volkslied.

Wenn du noch etwas Butter hast, So danke Gott und sei zufrieden, Nur wenigen in Gieß-Beim Ist dieses hohe Glück beschieden.

Denn Butter ist ein feiner Schatz Von höchstem Wert in unsern Tagen; Sie gibt dir Ansehen, Ehr' und Glanz Und überhebt dich vieler Pfagen.

Schau, wie des Volkes Menge dort In angstvoll drängelndem Spillere Frühmorgens lag vor sieben schon Herrt an des Butterhändlers Türe!

So mancher aber kehrt nach Haus Und holt vor Hut die leeren Hände, Denn eh' an ihn die Reihe kam, War, ach, der Vorrat schon zu Ende!

Und hast du keine Butter mehr, So sollst du nicht gleich rebellieren, Denn sieh', es gibt auch Schweinefleisch, Die R-Brot-Stulle zu beschmieren.

Und hast du weder Schweinefleisch, Noch Margarine schmittens Falles, So greif' getrost zum Pflaumenmus Und singe: „Deutschland über alles!“

Schmann im Wahren Jakob. (3.)

...nung abhängig gemacht werden darf. Die deutsche Anwaltsschaft hat selbst bisher stets die Zumutungen zurückgewiesen, Mitglieder des Standes wegen ihrer politischen Auffassung oder ihrer Weltanschauung zu mahregeln. Es muß entschieden gewarnt und Einspruch erhoben werden, daß in dieser Hinsicht jetzt andere Wege eingeschlagen werden sollen. Gegen den Vorschlag, Liebtnecht die Rechtsanwaltschaft zu entziehen, nehmen auch bürgerliche Kreise Stellung. U. a. haben sich das Berliner Tageblatt und die politische Zeitung entschieden dagegen ausgesprochen.

Kulturglaube und Aberglaube.

Einen sehr beachtenswerten Vortrag hielt in Berlin der königlich Bayerische Kämmerer Freiherr v. Gleichen-Rußwurm (München) über „Unser Kulturglaube — unser Kulturglaube“. Der Plenarsitzungsaal des Reichstages und die Tribünen waren dicht gefüllt. Den Vorsitz führte Wirklicher Geheimer Admiraltätsrat Dr. Felisch. Wir waren stolz auf die europäische Kultur, so etwa führte der Redner aus; das war aber nur ein Kulturglaube, denn diese Kultur war nicht imstande, den entsetzlichsten aller Kriege zu verhindern. Der Krieg hat alle Kultur, alle Wohlhabenheit zerstört, ein Völkermord, wie man ihn niemals für möglich gehalten hat, ist entstanden. Deshalb ist es Pflicht, ein neues Geschlecht, das selbständig zu denken und zu handeln versteht, zu erziehen. Dieses Geschlecht muß fähig sein, eine neue Kultur aufzubauen, den Nationalitätenhaß zu beseitigen und eine Wiedernäherung zwischen den Kulturvölkern zu gemeinsamem Schaffen auf allen Kulturgebieten anzubahnen. Dazu bedarf es der Mitarbeit aller Glieder des Volkes, auch der Frauen. Die Frauen lassen sich auf die Dauer von der Politik nicht ausschalten. Wenn auch die Frauen in erster Reihe zu Gattinnen und Müttern erzogen werden müssen, so können sie mit Recht sagen: Schlimmer als Ihr Männer hättet wir die Politik auch nicht gemacht. Wir bedürfen eines auf geistiger und sittlicher Höhe stehenden freien Geschlechts.

Aus dem preussischen Landtage.

Nachdem in den letzten Wochen nur die verstärkte Budgetkommission und einige andere Kommissionen getagt hatten, trat am Dienstag das Plenum wieder zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung war recht umfangreich, wurde aber nur zum kleinen Teil erledigt.

Zunächst genehmigte das Haus die auf Grund des Artikels 63 der Verfassung erlassene Verordnung betreffend die Abänderung einiger gesetzlicher Bestimmungen über die Schonzeiten des Wildes und den Verkehr mit Wild. Dagegen verlagte es einer anderen Verordnung, und zwar der über Abänderung der hannoverschen Jagdordnung, seine Zustimmung und forderte statt dessen die Regierung zum Erlaß eines auf eine bestimmte Zeitdauer begrenzten Notgesetzes auf.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die erste Beratung des Entwurfs eines Schätzungsamts-Gesetzes in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzes zur Förderung der Stadtschaften. Beide Vorlagen, die, wie wir bereits dargelegt haben, den ersten Schritt der zur Hebung des städtischen Immobiliarcredits dienenden Maßnahmen bedeuten, wurden von den Rednern, die bisher zu Worte gekommen sind, im großen und ganzen begrüßt; an einzelnen Bestimmungen freilich hatte jeder etwas auszusetzen. Am Mittwoch wurde die Beratung fortgesetzt. Auf der Tagesordnung standen außerdem die zweiten Lesungen des Gesetzesentwurfs betreffend die Dienstvergehen der Krankenkassenbeamten und des Ergänzungsgesetzes zum Knappschafts-Kriegesgesetz.

Vorbereitung der kommenden Reichstagswahlen. Die Fortschrittliche Volkspartei im Regierungsbezirk Merseburg hat beschlossen, mit den Vorarbeiten für die kommenden Reichstagswahlen sofort zu beginnen. Zu diesem Zweck wurden die Kandidaten aufgestellt, und zwar für Wittenberg und Merseburg die bisherigen Abgeordneten Dove und Koch, für Halle der Landtagsabgeordnete Delius.

Über Verhaftungen Stuttgarter Parteigenossen lesen wir im Vorwärts:

Die am 21. Januar in Stuttgart verhafteten Genossen Abel, Epple, Rödel und Zeeb sind am 1. Februar wieder aus der Haft entlassen worden.

Der Genosse Crispin wurde am 2. Februar in Haft genommen, aber nach einigen Stunden wieder entlassen. Grund: Abhaltung einer Funktionärsitzung (Vertrauensleute) ohne Anmeldeung. Kenntnis von der Abhaltung dieser Sitzung erlangte die Polizei durch Beschlagnahme eines Briefes in Duisburg, in dem eine in der Sitzung gefaßte Resolution enthalten war.

Zur Frage der Volksernährung

Was die Konservenbüchse erzählt

Es ist wiederholt — auch von einigen städtischen Behörden — festgestellt worden, daß das Publikum beim Einkauf sogenannter Fleischkonserven in den meisten Fällen in der unerhörten Weise geschröpft wird. Der wirkliche Wert der Waren steht in der Regel in gar keinem Verhältnis zum Verkaufspreis. Einen neuen Beitrag zu dem Kapitel Konserven-Wucher liefert die „Tägliche Rundschau“ in einem Artikel: Was die Konservenbüchse erzählt. Ein Notar hat mit einem Leser des Blattes den Inhalt einiger in verschiedenen Geschäften gekauften Konservenbüchsen geprüft und gibt folgendes Ergebnis bekannt:

1. Eine Dose Würstchen mit Sauerkraut, Preis 1. Mark, Bruttogewicht 500 Gramm, Gewicht der Dose 94 Gramm, Gewicht der Dose mit zwei Würstchen 202 Gramm, davon abgezogen Gewicht der Dose 94 Gramm, ergibt als Gewicht der beiden Würstchen 108 Gramm. Gewicht des Sauerkrauts 298 Gramm. Wenn der heutige Preis der Dose zu 15 Pf. und derjenige des Sauerkrauts zum gleichen Preise angenommen wird, so kosten die 108 Gramm Würstchen 70 Pf., also das Pfund ungefähr 3,40 Mark. Für derartige

Würste ohne Verpackung ist der Preis etwa 2 Mark das Pfund, so daß ein Extravorteil von 75 Prozent herauskäme.

2. Eine Dose geräucherter Sprotten, Preis 70 Pf., Bruttogewicht 355 Gramm. Gewicht der Dose 99 Gramm, Gewicht der Dose mit den Sprotten nach Abzug der Flüssigkeit 319 Gramm, so daß nach Abzug des Gewichts der Dose (99 Gramm) als Gewicht der Sprotten verbleibt 220 Gramm und als Gewicht der Flüssigkeit 36 Gramm. Wenn hierbei die Dose ebenfalls 15 Pf. gerechnet wird, so kosten die 220 Gramm Sprotten 55 Pf., also das Pfund ungefähr 1,20 Mark.

3. Eine Dose Stuttgarter Schinkenwurst mit schwäbischem Silberkraut, Preis 1 Mark, Bruttogewicht 510 Gramm, Gewicht der Dose 95 Gramm, Gewicht der Dose mit Wurst 186 Gramm, Gewicht der Wurst 91 Gramm, Gewicht des Krautes und Wassers 324 Gramm. Bei der gleichen Annahme wie für 1. würden die 91 Gramm Wurst 70 Pf. kosten, also das Pfund ungefähr 3,90 Mark. Es würde dies ein Extravorteil von 90 Prozent sein.

4. Eine Dose prima Rindfleisch mit Brechbohnen, Preis 1,20 Mark, Bruttogewicht 501 Gramm, Gewicht der Dose 107 Gramm, Gewicht des Fleisches mit der Dose 255 Gramm, Gewicht des Fleisches 148 Gramm, Gewicht der Brechbohnen 246 Gramm. Unter der Annahme, daß die Dose 15 Pf., die Brechbohnen aber 20 Pf. kosten, würden die 148 Gramm Fleisch 85 Pf. kosten, also das Pfund Fleisch 2,85 Mark.

5. Eine Dose feinste Fleischwurst mit Kartoffelsalat, Preis 80 Pf., Bruttogewicht 304 Gramm, Gewicht der Dose 90 Gramm, Gewicht der Dose mit Wurst 156 1/2 Gramm, Gewicht der Wurst 66 1/2 Gramm, Gewicht des Kartoffelsalats 147 1/2 Gramm. Unter der Annahme, daß die Dose 15 Pf. und der Kartoffelsalat 5 Pf. kostet, würden für die 66 1/2 Gramm Wurst 60 Pf. ausgegeben, das heißt für das Pfund Wurst 4,50 Mark, also ein Extravorteil von 125 Prozent.

Kann solchen Deuten, die derart die Käufer übervorteilen, nicht das Handwerk gelegt werden?

Eine „fette“ Entdeckung

In einem Posener Fleischergeschäft wurde für 2000 Mark eingelagertes Schweinefleisch gestohlen. Nicht mitgehen ließen die Diebe, wie bei der polizeilichen Untersuchung festgestellt wurde, gegen fünf Zentner Schweinefleisch. Das Posener Tageblatt, eine konservative Zeitung, schreibt hierzu: „Diese letztere Tatsache gibt zum Nachdenken Veranlassung, daß in einer Zeit, in der über Fettmangel allgemein und nicht ohne Grund geklagt wird, bei einem einzigen Fleischmeister gegen fünf Zentner Schmalz obendrein in einem vom Verkaufraum abgetrennten Raum wohlverwahrt liegen. Die zuständigen Behörden werden zweifellos feststellen, ob dieses Schmalz dem Verkauf bis zu einer etwaigen Wiederaufhebung der Höchstpreise entzogen werden sollte, trotz der Bestimmungen, die ein derartiges Gebahren unter strenge Strafe stellen.“

Verschwiegene Landwirte

Der Regierungspräsident des Kreises Stendal sah sich veranlaßt, gegen die Landwirte seines Kreises einen scharfen Tadel zu richten. Anlaß dazu bot der Umstand, daß sich bei der Bestandsaufnahme an Getreide ergeben hat, daß die Landwirte dieses Kreises nicht weniger als 50 000 Zentner Getreide verschwiegen hatten. Es kommen in diesem Kreise zum meist Großgrundbesitzer in Frage.

Wieder verschwiegenes Getreide.

In einer Sitzung des Kommunalverbandes Ronneburg (Sachsen-Altenburg) wurde bekanntgegeben, daß bei der Sachverständigen-Nachschätzung 14 000 Zentner Roggen und 36 000 Zentner Weizen mehr festgestellt wurden, als die Landwirte angegeben hatten.

Danziger Nachrichten

Unterstützung arbeitsloser Konfektionsarbeiter.

Zur Beschlagnahme der Textilstoffe schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Es können mit der Zeit, vornehmlich in größeren Städten, wo sich Massentextilbetriebe befinden, die Konfektionsarbeiter in größerer Zahl beschäftigungslos werden. Soweit diesen Arbeitern anderweitig eine Arbeitsgelegenheit nicht beschafft werden kann, muß die gemeindliche Erwerbslosenunterstützung eintreten. Es werden von der Reichsregierung Maßnahmen eingeleitet, wie einer eintretenden Arbeitslosigkeit und ihren Folgen begegnet werden kann. Insbesondere sollen, wie für die Angestellten und Arbeiter der Textilindustrie, erhöhte Beihilfen aus Reichsmitteln den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch zugunsten der Erwerbslosenunterstützung für die von der neuen Beschlagnahme betroffenen Angestellten und Arbeiter zugänglich gemacht werden.

Fürsorgestellen für Geschlechtskranke.

In sachkundigen Kreisen wird der gesteigerten Gefahr, die dem Volke unter der Einwirkung des Krieges durch die Geschlechtskrankheiten droht, mit großer Sorge entgegengekommen. Die Bekämpfung dieser Seuchen gestaltet sich deshalb besonders schwierig, weil sie von Männern häufig verschwiegen werden und die Behandlung durch Quacksalber ausgeübt wird. Bei Frauen und Mädchen ist das zum schweren Nachteil für ihre Gesundheit und Lebensfreude wohl noch häufiger der Fall. Das ist nicht allein wegen der Ansteckungsgefahr zu bedauern. Die Gefährlichkeit gerade dieser Krankheiten wird leider noch viel zu sehr unterschätzt. Sichere Heilung ist nur bei frühzeitiger Anamnese eines Arztes zu erwarten. Wird diese häufig aus falscher Scham unterlassen, so nicht selten auch deshalb, weil der oder die Erkrankte nicht über die notwendigen Mittel verfügt. Um die Volksgesamtheit vor schwerstem Schaden zu bewahren, haben deshalb die Landesversicherungsanstalten der Hansestädte und Berlin überaus praktische Maßnahmen ergriffen. Sie haben Fürsorgestellen eingerichtet, in denen jede und jeder Erkrankte völlig unentgeltlich (spezial-

ärztliche Untersuchung und Behandlung bei Wahrung strengster Verschwiegenheit erhält.

Ähnliche Einrichtungen bestehen auch in Danzig zur Bekämpfung der Tuberkulose und des Alkoholismus, und bewähren sich sehr gut. Die erhöhte Gefährlichkeit der Geschlechtskrankheiten macht es dringend notwendig, daß auch hier eine Fürsorgestelle nach dem vollkommenen Muster der Bremer eingerichtet wird. Die Landesversicherungsanstalt Westpreußen sollte damit schleunigst vorgehen. Jedes Zögern könnte schwere Folgen — gerade für die Unschuldigen und Lebenswertesten herbeiführen.

Der Geheimbrief des Hamburger Versicherungsamtes

An den derzeitigen bestellten Vorsitzenden der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, den wir am 29. Januar veröffentlichten, hat in Deutschland großes Aufsehen erregt. Die in Berlin erscheinende angelegene Deutsche Krankenkassenzeitung schreibt dazu in der Nummer 4 mit bitterem Sarkasmus:

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch — politisch ganz links stehende Gruppen von Gewerkschaftsangehörigen, sagte sich der Vorsitzende des Versicherungsamtes Hamburg, Herr Dr. Sonderhoff, und schrieb nach Danzig auf eine Anfrage an den dortigen Zwangsverwaltenden der A. O. K. folgenden schönen Brief: (folgt Text.)

Herr Dr. Sonderhoff scheint Gedankenleser zu sein, daß ihm die angeblichen Danziger Personal Schwierigkeiten so geläufig sind. Dagegen scheint er von führenden Gewerkschaftlern bloß die Vorstellung zu haben: du glaubst zu schießen und du wirst geschossen. Wären ihm die Dinge wirklich bekannt, so müßte er wissen, daß in Gewerkschaftskreisen sich, fern von allen amtlichen Zwangsmitteln, persönliche Tüchtigkeit zur Geltung zu bringen und die Geschäfte im rechten Geleise zu halten weiß. Gegen diese neue Art, hinter amtlichen Kulissen Geheimbriefe zu tauschen, muß nachdrücklicher Protest eingelegt werden. Wenn sich eine Kasse über einen Bewerber erkundigen will, mende sie sich, wie bisher, direkt an den anderen Kassenvorstand. Bei der durch die A. O. K. geübten weitgehenden Rechen der Arbeitgeber im Vorstand wird sie dabei keine Einseitigkeit zu befürchten brauchen. Briefe, wie der Sonderhoffische, werden bei der dabei gewährleisteten Kontrolle allerdings nicht zu Stande kommen.

Auch wir betrachten es als selbstverständlich, daß die für diese geheime Vernehmung Verantwortlichen im Vorstande und Ausschüsse der Allgemeinen Ortskrankenkasse zur Verantwortung gezogen werden. In beiden Körperschaften haben die Vertreter der Versicherten die Mehrheit. Sie dürfen unmöglich den Anschein erwecken, als ob das Verfahren mit ihrer Billigung gegen die Angestellten zur Anwendung kommt. Schließlich hätten auch die Stellen, die den Magistratsassessor Berent zum Vorsitzenden bestellt haben, in erster Linie Oberbürgermeister Scholz, alle Verantwortung, seine Tätigkeit in diesem Fall eingehend zu prüfen.

Zu den Schlussbemerkungen des Berliner Fachblattes muß festgestellt werden, daß tatsächlich zuerst vom Vorstande der Hamburger Ortskrankenkasse eine Auskunft eingeholt worden war. Weil diese aber sehr günstig war, wurde vom Magistratsassessor Berent in Uebereinstimmung mit der Danziger Vorstandsmehrheit die Hamburger Geheimpraxis veranlaßt.

Gegen die Ausbeutung Kriegsbeschädigter durch eigennützige Unternehmer nimmt eine Verfügung der Militärbehörden im Bereich des 17. Armeekorps Stellung.

Verboten ist künftig die öffentliche Ankündigung privater Lehrgänge für Kriegsbeschädigte, wenn die mit der Fürsorge beauftragten Behörden nicht ihre Zustimmung gegeben haben. Ebenso ist jede mündliche und schriftliche Aufforderung zu solchen Lehrgängen verboten. Auch das Angebot an Kriegsbeschädigte, Waren zu vertreiben, ist uniersagt. Werkzeuge, Maschinen, Musikinstrumente und andere Gegenstände, die dem Erwerb dienen, Kriegsbeschädigten gegen Abschlagszahlungen anzubieten, ist gleichfalls verboten. Eine Ausnahme ist nur auf ausdrückliche Aufforderung des Käufers zulässig. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder bei mildernden Umständen mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.



Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft
Dresden

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, für die reichen Kranz- und Blumenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Schuhmachermehstiers **Robert Kobusch** spreche ich allen Teilnehmern, Verwandten, Freunden, Genossen und Genossinnen, insbesondere dem Gesangsverein **Sängergrub** für den erhabenden Grabesgang meinen innigsten Dank aus.

Danzig, den 7. Februar 1916.

Die trauernde Gattin nebst Kindern.

Ausländische Hühner Eier

Wandel 2,25 Mk., 1 Stück 15 Pf., stellt die Stadt zum Verkauf. Der Verkauf an die Bevölkerung findet durch die Firma **Benno Schreiber** statt in der Hauptverkaufsstelle **Hälgergasse 63**, Filiale **Holzmarkt 12-14**, **Milchmannengasse 15**, **Altst. Graben 11**,

außerdem Mittwoch und Sonnabends in der Markthalle und Montag und Donnerstag auf dem Markt in Langfuhr. Mehr als eine Wandel wird auf einmal nicht verabfolgt, auch einzelne Stücke werden abgegeben. Der Verkauf findet statt in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags. An Wiederverkäufer wird nichts verabfolgt.

Danzig, den 8. Februar 1916.

Der Magistrat.



No 18

J. Borg

ges. geschützt
mit Mundstück und Goldmundstück
ist und bleibt die
beste 2 Pfg.-Zigarette.

willkommene Liebesgabe
für unsere Krieger
im Felde.
Ueberall erhältlich.

Zigarettenfabrik Stambul

J. Borg G. m. b. H. Danzig.

Echt garantiert reingekachelten

Schnupftabak

aus erstklassigen Katakabakblättern empfiehlt die Schnupftabakfabrik

Julius Gosda, Danzig

Schnupftabakhandlung,
Hälgergasse 5. II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Pfaff-Nähmaschinen

mustergültig für
Gewerbe u. Heimarbeit



Herm. Wilken & Söhne

Heilige Geistgasse 127 — Fernsprecher 1237

Achtung! Achtung!

Bouillon-Würfel

Feinste Delikatess-Würfel, per 100 Stück 3.—
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

J. Gurski, Danzig, Schießstange Nr. 1.

Gute Volks- und Jugendbücher

zum Preise von 10—50 Pfennigen empfiehlt in reicher Auswahl
Buchhandlung Volkswacht,
Danzig, Paradiesgasse 32.

Kuchenmehl

backfertig, mit allen Zutaten
!ohne Brotmarke!!
3tr. Mk. 80.—,
Probepaket 9 Pf. Mk. 8.— franko
empfehlen 48

J. Gurski,

Danzig, Schießstange 1.
Vertreter allerorts gesucht.

Obst und Südfrüchte

kaufen Genossen und Genossinnen
am billigsten in der
Obst- u. Südfrucht-Zentrale
Hausdor 7.

Der wahre Jakob

pro Nummer 10 Pfennige
Buchhandl. Volkswacht.

Sorghotren

verlaufen wir in unserer Geschäftsstelle für Futtermittelversorgung,
Sopengasse 38, II, zum Preise von 5,00 Mk. per Zentner ab
Speicher Hopfengasse.
Danzig, den 8. Februar 1916.

Der Magistrat.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend — Unterhaltend

Während des Krieges erhält jedes Mitglied
bei dem Halbjahrespreis von
nur M 2.40

jährlich 12 starke, reich illustrierte Monatshefte
// und 5 gute Bücher erster Schriftsteller //

Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt
berw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung
oder der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart

Buchhandlung Volkswacht

Danzig, Paradiesgasse 32.

Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

Silberne Herrenuhren	von Mk. 7,50
Silberne Damenuhren	7,50
Goldene Damenuhren	14,50

Wetter in allen Preislagen.

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

An meine werten Kunden

richte ich hierdurch die höfliche Bitte, Bestellungen auf Kleidungsstücke nach Mass möglichst frühzeitig zu machen.

Kurz vor dem Fest häufen sich gewöhnlich die Aufträge und es ist dann oft beim besten Willen nicht möglich, alle Arbeiten mit der gewohnten Pünktlichkeit durchzuführen.

Meine Mass-Schneiderei

steht unter der Leitung eines bewährten Zuschneiders und leiste ich für tadellosen Sitz und gute Ausführung eines **Jeden Kleidungsstückes volle Garantie.**

Großes Stofflager. Mäßige Preise.

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/9. Fernruf 2121.

Alleiniger Lieferant des Konsumvereins für Danzig

Fürsorgemaßnahmen für Kriegsbeschädigte

Um einer erfahrungsgemäß zu fürchtenden Ausbeutung oder dem Mißbrauch der Kriegsbeschädigten durch private Unternehmer und der damit verbundenen, ihren wirklichen Interessen oft zuwiderlaufenden Berufsberatung vorzubeugen, werden im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 für den gesamten Befehlsbereich des stellv. XVII. Armeekorps verboten:

1. die öffentliche Ankündigung privater Lehrgänge, welche zum Zwecke der Berufsbildung Kriegsbeschädigter eingerichtet oder bestimmt und von dem Träger der bürgerlichen Fürsorge (der Herren Landeshauptleuten der Provinzen Westpreußen oder Pommern) nicht ausdrücklich anerkannt und empfohlen sind;
2. jede mündliche oder schriftliche Aufforderung Kriegsbeschädigter zur Teilnahme an privaten Lehrgängen der zu 1 genannten Art;
3. jedes einem Kriegsbeschädigten geltende öffentliche oder persönliche (schriftliche oder mündliche) Angebot zum Vertrieb von Waren jeglicher Art;
4. Es wird ferner verboten, Kriegsbeschädigten Werkzeuge, Maschinen, Musikinstrumente oder andere dem Erwerbe dienende Gegenstände gegen Sicherheitsleistung oder auf Nachschlagszahlung zum Kauf, ohne vorherige ausdrückliche Aufforderung des Käufers, anzubieten.

Zwischenhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kaim, Marienburg,
den 2. Februar 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General,
gez. v. Schack, General der Infanterie.
Der Gouverneur der Festung Graudenz,
S. B. gez. v. Hennigs, Generalleutnant.
Der Gouverneur der Festung Thorn,
gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.
Der Kommandant der Festung Danzig,
gez. v. Pfusel, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Kaim,
gez. v. Bünsu, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Marienburg,
gez. Frhr. v. Rechenberg, Generalmajor.

Bekanntmachung.

Hilfsbereite Männer aller Berufsclassen von guter Führung, welche entweder völlig militärdienstfrei oder dauernd garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig sind und die bereit sind, der freiwilligen Krankenpflege ihre Kräfte zu widmen, können sich werktätig in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr im Oberpräsidium, Zimmer Nr. 91, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden.

Danzig, den 5. Februar 1916.

Der Territorialdelegierte
der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
Oberpräsident v. Jagow.



Vorsicht!

Beruchfreie Schuhschneidecreme ist
abfärbende Wassercreme!!
Verschmiert die Kleider!

Kaufen Sie
nichtabfärbenden
Del-Wachslederputz

Nigrin.

Sofortige Lieferung, auch Schuhschneidecreme
Eranolin und Eranleberfett.

Hübsche Heerführerplakate.
Fabrikant: Carl Geizner, Göppingen.

Schutzmarke